



Eine aktuelle Umfrage zeigt, dass die Mehrheit der Lateinamerikaner die US-Intervention in Venezuela unterstützt, die Donald Trump initiiert hat. Dies markiert möglicherweise eine pragmatische Abkehr von bisherigen ideologischen Haltungen in der Region.

In den letzten Jahren hatten sich die politischen und ökonomischen Krisen in Venezuela verschärft, was zu massiven Flüchtlingsströmen und einer humanitären Notlage führte. Die US-Intervention unter Trump, obwohl international heftig umstritten, scheint nun in Lateinamerika eine breitere Zustimmung zu finden. Die Umfrage legt nahe, dass der Wunsch nach Stabilität und einer Lösung der Krise das politische Denken in der Region neu formt.

### **Analyse der Umfragedaten**

Die detaillierten Umfrageergebnisse zeigen, dass vor allem in Ländern mit direkten wirtschaftlichen und sozialen Auswirkungen der venezolanischen Krise die Zustimmung besonders hoch ist. Die Unterstützung in diesen Ländern könnte ein Hinweis darauf sein, dass die direkte Leidenserfahrung die öffentliche Meinung stärker beeinflusst als die ideologische Ausrichtung der Regierungen.

### **US-Politik und ihre regionale Wirkung**

Historisch gesehen war die US-Politik in Lateinamerika oft Gegenstand kontroverser Debatten. Die aktuelle Zustimmung zur Intervention könnte jedoch eine Neuorientierung darstellen, die durch die akuten Krisensymptome in Venezuela getrieben wird. Die USA haben unter Trumps Regierung eine deutlich aktiveren Rolle in ihrem südlichen Nachbarschaftsbereich eingenommen, was auch zu Spannungen mit traditionellen Verbündeten führte.

### **Internationale Reaktionen**

Während die US-Intervention Unterstützung in Lateinamerika findet, bleibt die globale Gemeinschaft in ihrer Haltung gespalten. Europäische und asiatische Staaten haben sich häufig kritisch über die unilateralen Aktionen der USA ausgesprochen und betonen die Bedeutung von diplomatischen Lösungen.

---

## **Taiwan im politischen Patt: Einfluss auf das**



## **Militärbudget**

Taiwans ambitionierter Plan, sein Militärbudget um 40 Milliarden Dollar zu erhöhen, stößt auf heftigen politischen Widerstand. Das Stocken dieses Vorhabens offenbart tiefgreifende Meinungsverschiedenheiten über die Verteidigungsstrategie der Insel und ihre Abhängigkeit von den USA.

### **Dynamik des politischen Stillstands**

Taiwan steht geopolitisch in einem Spannungsfeld, vor allem durch die zunehmende Aggressivität Chinas. Der Verteidigungsplan, der unter anderem die Modernisierung der Streitkräfte vorsieht, soll Taiwans Selbstverteidigungsfähigkeiten stärken. Jedoch führt die aktuelle politische Polarisierung zu einer Blockade, die das Vorhaben zu kippen droht.

### **Die Debatte um die Verteidigungsausgaben**

Innerhalb Taiwans gibt es eine kritische Debatte über das Ausmaß und die Richtung der Verteidigungsausgaben. Während einige die Notwendigkeit betonen, die militärische Kapazität angesichts chinesischer Bedrohungen zu erweitern, warnen andere vor einer übermäßigen Militarisierung und einer zu starken Abhängigkeit von den USA.

### **Einflüsse externer Faktoren**

Die Unsicherheit über den zukünftigen Kurs der US-Außenpolitik in Asien spielt eine wesentliche Rolle in der taiwanesischen Debatte. Die Inselnation muss ausbalancieren, wie viel sie sich auf die Unterstützung der USA verlassen kann, während sie gleichzeitig eine Eskalation mit China vermeiden will.

Sollte der Haushaltsstreit weiterhin ohne Einigung bleiben, könnte dies Taiwans Fähigkeit, auf regionale Sicherheitsherausforderungen zu reagieren, ernsthaft gefährden. Die Entwicklungen in Taiwan sind somit von großer Relevanz für die regionale Stabilität in Ostasien.

---

## **Weitere Nachrichten**

- **Schlag in Gaza:** Israelische Luftschläge töteten 11 Menschen, darunter drei Journalisten.
- **Verlegung von ISIS-Häftlingen:** Die USA beginnen mit der Überführung von ISIS-



Häftlingen von Syrien nach Irak.

- **Lebenslange Haft für Mörder von Shinzo Abe:** Ein japanisches Gericht verurteilte den Täter zu lebenslanger Haft.

- **Langjährige Haftstrafen in Südkorea:** Ehemaliger Premierminister wegen Rolle bei der Verhängung des Kriegsrechts zu 23 Jahren Haft verurteilt.

- **Großes Echo auf Rede in Davos:** Kanadas Premierminister Mark Carney spricht über das Ende der Pax Americana.

- **Emotionale Aussage von Prince Harry:** Der britische Prinz spricht über die traumatischen Auswirkungen der Berichterstattung auf sein Leben.

Von Andreas Brucker